

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Anz. 4 M. Viertelj. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Sprr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598
45. Jahrgang **Hamburg, 10. Oktober 1931** Nummer 41

Die siebte Konferenz der Maler-Internationale in Prag

Es war ein guter Gedanke unseres internationalen Sekretärs, Kollegen Streine, Prag als Tagungs-ort für die Vertreter der Maler-Internationale zu bestimmen; bietet doch kaum eine andere Stadt des Kontinents so viel des Interessanten und Sehenswürdigsten. Dazu gaben sich die Vorstände der tschechischen und der deutschen Bruderorganisation die erdenklichste Mühe, um den Delegierten für die wenigen Tage das Leben so angenehm wie möglich zu gestalten. Die Konferenz fand in dem den Prager Gewerkschaften gehörigen Hotel „Monopol“ statt und war von 15 Delegierten besetzt. Als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes war Genosse Lauerle anwesend. Auch das Arbeitsministerium der Republik, das sich in Händen des Sozialdemokraten Seech befindet, hatte Vertreter entsandt. Die Tagesordnung war für die nur zwei Tage, die für die Konferenz vorgesehen waren, recht umfangreich. Neben dem bereits gedruckt vorliegenden Bericht des Sekretärs waren die Berichte der Vertreter der einzelnen Länder über die dortigen Verhältnisse und über die Tätigkeit ihrer Organisation in den letzten drei Jahren entgegenzunehmen. Ueber die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der allgemeinen industriellen Entwicklung sowie die Produktionsbedingungen des Maler- und Lackierergewerbes unter besonderer Berücksichtigung der Rationalisierung, Berufsausbildung und Beschäftigungsmöglichkeiten erstattete Kollege Streine ausführliche Referate, die mit dem gleich großen Interesse entgegengenommen wurden wie der Bericht über internationale Maßnahmen gegen die Berufskrankheiten und Unfallgefahren. Zum 6. Punkt waren ein Antrag Belgiens zu erledigen, der eine Erweiterung der Genfer Bleiweißkonvention zum Ziele hat, und außerdem ein Antrag Deutschlands, nach dem Erhebungen über die Verhältnisse der in Lackereien und in der Industrie beschäftigten Berufskollegen gepflogen werden sollen. Die Anträge wurden einstimmig angenommen und dem Sekretariat zur Erledigung überwiesen.

Der Geschäftsbericht des Kollegen Streine gab ein übersichtliches Bild über die Entwicklung der Maler-Internationale seit der letzten Konferenz. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1927: 237 531, Ende 1929: 250 807 und Ende 1930: 241 734. Der Verlust beträgt 3,6%. An diesem sind beteiligt die Verbände in Amerika, Deutschland, Finnland, Oesterreich, die deutsche Organisation der Tschechoslowakei und Ungarn. Einen Aufstiege haben zu verzeichnen die Verbände in Dänemark, England, Holland, Schweden, die Schweiz und

der tschechische Bruderverband. In der Berichtszeit sind die Verbände in Jugoslawien und in Schottland der Maler-Internationale beigetreten. Der An-schluß Belgiens, das ebenfalls einen Vertreter entsandt hatte, steht bevor. Die Klassenverhältnisse weisen eine günstige Entwicklung auf.

Wenn auch die Maler-Internationale zu den kleineren Berufsekretariaten zählt, so sei diese aber doch für die Kollegenschaft von eminenter Bedeutung. Die ihr gestellten Aufgaben erfülle sie in vollem Maße. Der Gedanke der internationalen Solidarität wurde bisher immer praktisch betätigt. Die internationale Zusammenarbeit werde weiter gepflegt. Die heutigen Schwierigkeiten können nur überwunden werden, wenn auch die Völker beziehungsweise die Regierungen der einzelnen Staaten und Länder zusammenarbeiten und gemeinsam ans Werk gehen. — Die Aussprache zum Bericht beschränkte sich im wesentlichen auf die Feststellung, daß Kollege Streine auch in den Berichtsjahren hervorragende Arbeit geleistet habe. Dafür gebühre ihm Dank und Anerkennung.

Von größtem Interesse waren die Berichte der Delegierten aus ihren Ländern. Aus diesen ist zu entnehmen, daß in fast allen Ländern Arbeitslosigkeit unter den Berufskollegen herrscht, wenn auch die Verhältnisse in dieser Beziehung recht unterschiedlich liegen. Am schlimmsten ist die Arbeitslosigkeit neben Deutschland, das über 70% arbeitslose Mitglieder berichtet, wohl in Oesterreich und Ungarn. Der Kampf um die Erhaltung der Löhne und der sozialen Errungenschaften steht zur Zeit in fast allen Ländern im Vordergrund der Tätigkeit der Verbände, ein Beweis, daß die Abbaubestrebungen des Unternehmertums kein deutsches Spezifikum sind, sondern bereits zu einer internationalen Angelegenheit wurden. Wohl den schwersten Stand haben unsere Kollegen in Ungarn und Jugoslawien, wo sich neben der Wirtschaftskrise die politische Gewaltherrschaft der Aufwärtsentwicklung hemmend in den Weg stellt. Der Regierungs- beziehungsweise Systemwechsel hat für die Arbeiterschaft dieser Länder keine Besserung gebracht.

Nachdem Kollege Streine an Hand schriftlicher Mitteilungen der nicht vertretenen Verbände in USA. und der Schweiz berichtete, konnte er in seinem Schlußwort die Feststellung machen, daß wohl noch auf keiner Konferenz der Maler-Internationale so eingehend zu den Verhältnissen in den angeschlossenen Ländern berichtet wurde, wie auf dieser. Das sei der beste Beweis

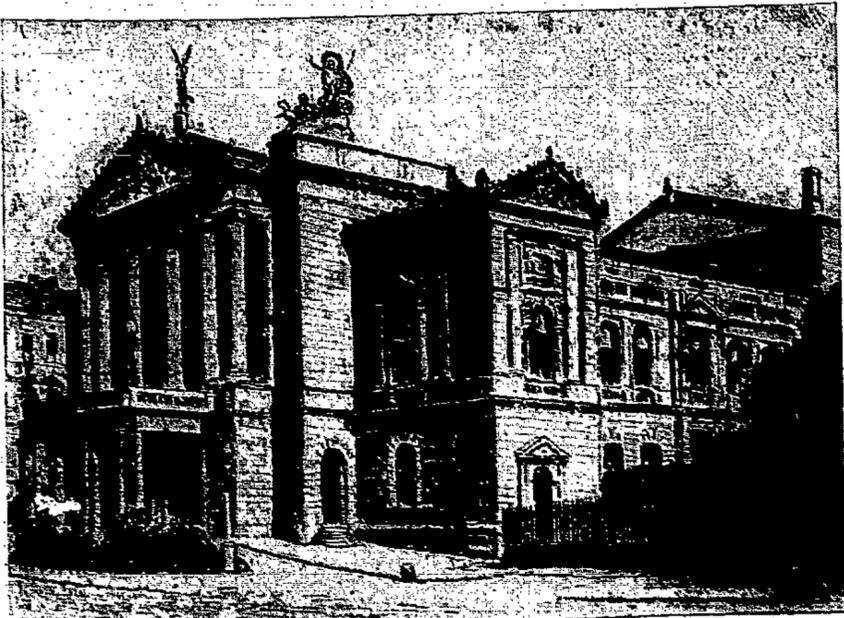
für die Zweckmäßigkeit der Konferenz. Die Aussprache trage sicher viel zur Stärkung des Vertrauens und des gegenseitigen Verstehens bei.

In den Referaten zu Punkt 3 und 4 der Tagesordnung gab Kollege Streine in großen Zügen einen Ueberblick über die Folgen der industriellen Entwicklung Europas und der Welt und beleuchtete das nähere die besonderen Verhältnisse im Maler- und Lackierergewerbe. Der große Umstellungsprozeß in Industrie, Handel und Gewerbe vergrößere das Heer der Arbeitslosen immer mehr, verstärkte den Lohndruck und steigere die Gesundheits- und Unfallgefahren in zunehmendem Maße. Unsere Aufgabe sei, die Entwicklung weiter zu verfolgen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Kollegenschaft vor größeren Schäden zu bewahren.

Den Bericht über die „Maßnahmen gegen die Berufskrankheiten und Unfallgefahren“ erstattete ebenfalls Kollege Streine, und zwar an Hand des Ergebnisses einer Umfrage bei den angeschlossenen Verbänden. Nach einem geschichtlichen Rückblick über den Kampf gegen die Bleiweißfrage und die dabei erzielten Erfolge wurde der Stand der Bleiweißfrage in den einzelnen Ländern dargestellt und die Delegierten ermahnt, dort, wo die Ratifizierung der Genfer Konvention durch die Regierung noch nicht erfolgt sei, alle Kräfte für die Ratifizierung einzusetzen. Wie bedeutungsvoll gerade diese Frage auch im internationalen Rahmen ist, zeigte die tiefgründige Aussprache der Delegierten, bei der übrigens zum Ausdruck kam, daß neben der Bleiweißgefahr die durch Verwendung der Sprühpistole und gesundheits-schädlicher Verdünnungsmittel entstehenden Gefahren immer mehr hervortreten. Mit der Annahme der folgenden Entschliebung war der sachliche Teil der Konferenz erschöpft.

Entschliebung.

Die Weltwirtschaftskrise, die alle mit dem Weltmarkt verbundenen Länder erfaßt hat, ist nicht nur eine Folge des Weltkrieges, sondern auch im kapitalistischen Wirtschaftssystem tief begründet. Hat die Warenerzeugung eine gewaltige Steigerung erfahren, so sind die Innenmärkte der einzelnen Volkswirtschaften und der Weltmarkt mangels Kaufkraft der Volksmassen nicht aufgeschlossen worden. Viel zu groß ist die Spannung zwischen erzeugter Warenmenge und Verbrauch, zwischen Warenpreis und Real-löhnen, zwischen Güterfülle und Massennot.



Prag
Neues
deutsches
Theater



Prag
Mozart-
Haus

Gewerkschaftsantwort an die Scharfmacher

Die allgemeine industrielle Entwicklung, der technische Fortschritt und die bessere Organisierung des Arbeitsprozesses sollten zur Steigerung der Produktion, zur Verbilligung der Herstellungskosten und zur Erweiterung der Absatzmärkte führen. Das herrschende Wirtschaftssystem aber hat die Rationalisierung nur zum Nutzen des Unternehmertums durchgeführt und sie statt zu einer Quelle der Wohlfahrt zur Ursache der Verelendung der Völker gemacht. Während die im rationalisierten Produktionsprozeß erzeugten Waren sich immer mehr ansammeln, müssen Millionen Arbeiter erwerbslos darben. Lohnabbau und Verfümmelung der durch die Gewerkschaften erreichten sozialen Positionen ist das Ziel der sich immer stärker verbreitenden Reaktion.

In diese unheilvolle Entwicklung wird auch das Maler und Lackierergewerbe mit hineingezogen. Auch hier gewinnt die technische Entwicklung und Rationalisierung des Arbeitsprozesses an Boden, trotzdem sich statt zunehmender Konzentration der Betriebe wegen der in den meisten Ländern immer katastrophaler anwachsenden Arbeitslosigkeit das Kleinmeisterstum ausbreitet. Die starke Lehrlingshaltung und die Zunahme ungelernter Hilfsarbeiter bergen weitere Gefahren für eine solide Basis unserer Berufe, die durch den Mangel an Arbeitsaufträgen infolge der in vielen Ländern stark verminderten Bautätigkeit noch gesteigert wird.

Zu alledem kommen ebenfalls als Folgen der technischen und organisatorischen Entwicklung des Arbeitsprozesses vermehrte Gesundheitsgefahren durch die Verwendung schädlicher Betriebsstoffe, durch Betriebsunfälle und andere nachteilige Einflüsse mehr.

Die 7. Konferenz der Internationale des Maler- und Lackierergewerbes erklärt sich demgegenüber voll einverstanden mit den Beschlüssen und Forderungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und mit der Tätigkeit ihres Sekretariats. Sie fordert alle ihm angeschlossenen Verbände und Berufssektionen auf, ihre ganze Kraft einzusetzen, damit der gekennzeichneten Entwicklung Einhalt geboten und durch Ausbreitung des Organisationsgedankens und gesteigerte Reformarbeit ihre unheilvollen Begleiterscheinungen beseitigt werden können.

Nicht wenig überrascht waren die Delegierten, als die Kollegen Streine und Marx erklärten, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen; Kollege Marx, weil er in Pension geht, und Kollege Streine aus Gründen, die in seiner jetzigen Tätigkeit als Leiter der Volksfürsorge liegen. Der Vorsitzende der holländischen Bruderorganisation, Kollege Doojes, schilderte mit bewegten Worten die erspriessliche Tätigkeit dieser beiden Kämpen und dankte unter herzlichem Beifall der Konferenz für alles Gute, was sie für die Kollegenschaft geleistet haben. Diese Anerkennung könne nicht nur in Worten ausgedrückt werden, es gezieme sich, den Dank durch Ueberreichung eines Geschenks zu bekräftigen. Als Nachfolger für den Kollegen Streine wurde der Kollege Bax und für den auscheidenden Kollegen Marx der Kollege Mehrens gewählt. Mit der Führung der Kassengeschäfte wurde der Kollege Ringel betraut. Nach Dankesworten des Kollegen Bax für das durch die Wahl ausgesprochene Vertrauen und mit der Versicherung, daß das neugewählte Sekretariat alle Kräfte einsetzen werde, die Maler-Internationale auch weiterhin vorwärts und aufwärts zu führen, schloß der amtierende Vorsitzende, Kollege Lansink, Holland, mit einem Hinweis auf den günstigen Verlauf der Konferenz, die Tagung.

Gegen Arbeitslosigkeit - für Stellung und Wohnungsbau

Es wurde bereits in der Nr. 40 des „Maler“ kurz auf die große öffentliche Kundgebung, die veranstaltet wurde vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und Afa-Bund im früheren Herrenhaus in Berlin, hingewiesen. Im Folgenden bringen wir einen Auszug aus den vortrefflichen und sachkundigen Referaten.

Franz Spliedt vom Vorstand des ADBG behandelte das Thema: „Arbeitslosigkeit - Arbeitsbeschaffung.“ Er führte unter anderem aus:

Ende August waren rund 4,2 Millionen Arbeitslose gemeldet. Von den Gewerkschaftsmitgliedern waren mehr als ein Drittel (31,1 %) vollbeschäftigt, weitere 21 % waren Kurzarbeiter. Vollbeschäftigt waren nur 45 % aller Mitglieder. Muß man sich auch vor einem allzu starken Pessimismus hüten, so wird der Winter sicherlich 5 1/2 bis 6 Millionen Arbeitslose bringen. Die Situation ist durch die lange Dauer der Arbeitslosigkeit um so furchtbarer. 1,1 Millionen Menschen erhalten Krisenunterstützung. Sie sind also mindestens mehr als ein halbes Jahr arbeitslos und 1,4 Millionen Menschen erhalten Krisenunterstützung, das heißt sie sind in der Regel mindestens 1 bis 1 1/2 Jahr ohne Arbeit. Eine schnelle Lösung der Weltwirtschaftskrise ist nicht zu erwarten. Alle Bemühungen müssen daher im Augenblick

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften aller Richtungen veröffentlichen die folgende Kundgebung:

Die Spitzenverbände der Unternehmer haben in gemeinsamer Erklärung die Reichsregierung aufgefordert, die Wirtschaft von allen staatlichen und sozialen Bindungen zu befreien. Auf diese Weise soll der wirtschaftlich Schwache ungeschwächt der Willkür des wirtschaftlich Starken ausgeliefert werden. Das würde den hemmungslosen Kampf aller gegen alle und die Auflösung jeder gesellschaftlichen Ordnung bedeuten. Diese Forderungen stellen dieselben Unternehmerverbände, die in Vergangenheit und Gegenwart in stärkster Weise öffentliche Hilfe verlangt und in Anspruch genommen haben.

Wenn jemals, dann haben insbesondere die Vorgänge der letzten Monate das Versagen weiter Wirtschaftskreisläufe und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft bewiesen.

Der Versuch, die ungeheure Wirtschaftsnote der Gegenwart aus staatlichen Eingriffen und aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig haltlos. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnote in den allgemeinen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems in der Welt, den internationalen politischen Störungen und dem Mißtrauen unter den Völkern. Verschärft wurde sie durch überspannten Protektionismus, Subventionspolitik, Ueber-rationalisierung, Kapitalfehlleitung und systematische Senkung der Kaufkraft.

Seit anderthalb Jahren wird als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben. Das Ergebnis ist eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not. Jeder Schritt weiter auf diesem Wege führt tiefer in das Elend hinein.

Die krasse Interessenpolitik der Unternehmerverbände kann nicht zu gemeinsamer Entfaltung der Kräfte und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise führen.

Niemals wird die deutsche Arbeitnehmerschaft ihre wichtigsten sozialen Rechte kampflos preisgeben.

Deshalb verlangen die Gewerkschaften sowohl im Interesse der Arbeitnehmer als auch des Volksganzen die Abkehr von dem bisher beschrittenen Wege und erheben erneut folgende vorbringliche Forderungen:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen.

2. Verkürzung der Arbeitszeit - insbesondere durch Einführung der 40-Stunden-Woche - zum Zwecke der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften.

3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft durch Erhöhung der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifrechtes und des staatlichen Schlichtungswesens.

4. Senkung der Zölle, mit dem Ziel der stärkeren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das gesunkene Preisniveau des Weltmarktes. Druck auf überhöhte Handels- und Verarbeitungsspannen.

5. Auflockerung der monopolistischen Preisbildungen in allen Stufen der Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle.

6. Öffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Fehlleitungen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.

7. Rückichtslosige Kürzung der überhöhten Spitzengehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Richtlinien muß verbunden sein mit der Abwehr aller die Währung bedrohenden Experimente, ferner mit zielbewusster Förderung der internationalen Verständigung, die gerichtet sein muß auf Konsolidierung der schwebenden Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverteilung und auf dauernde Lösung der Frage der internationalen Kriegsschuldung und der Reparationen.

Berlin, 1. Oktober 1931.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:

D. Grahmann.

Deutscher Gewerkschafts-Bund:

Otte, Hegewald, Eudenbach.

Allgemeiner freier Angestellten-Bund:

Aufhäuser.

Gewerkschaftsleitung deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände:

Neufeldt, Lemmer, Rößiger.

darauf konzentriert werden, Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen. Der bisherige Einwand der Arbeitgeber, die die von der öffentlichen Hand beeinflusste Arbeitsbeschaffung ablehnen, kann nicht durchschlagen. Auch die Brauns-Kommission hat sich für Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand ausgesprochen.

Leider sind im Augenblick die Aussichten auf die notwendige Kapitalbeschaffung recht gering. Aber die auch heute noch gegebenen Möglichkeiten werden nicht genügend erschöpft. Es muß möglich sein, eine Reihe von neuen Arbeiten durchzuführen. Dazu gehören in erster Linie Arbeiten der Reichsbahn. Die Bauberufe, insbesondere auch der Straßenbau, dürfen nicht völlig zum Erliegen kommen. Was nutzt die Neuschaffung geringer Arbeitsmöglichkeiten, wenn auf der andern Seite die Gemeinde als der große Auftraggeber der deutschen Industrie derart lahmgelegt wird, daß fast jeder Auftrag zurückgezogen wird, daß alle öffentlichen Bauten fast restlos stillgelegt werden.

Vielmehr werden vorhandene Mittel falsch eingesetzt. Eine allgemeine Verwaltungsreform würde Mittel größeren Ausmaßes freimachen. Hier bieten sich Einsparungsmöglichkeiten, deren Ertrag an anderer Stelle unserer Wirtschaft sehr viel fruchtbarer verwandt werden könnte. Eine unerträgliche Verschwendung sind die direkten und indirekten Subventionen an die Landwirtschaft. Zusammen mit den aus dem übersteigerten Zollschatz resultierenden Ueberpreisen werden der Landwirtschaft jährlich rund 3 Milliarden Reichsmark, ebensoviel wie der Arbeitslosenschutz kostet, zugewandt. Nüchtern zeigt sich trotz dieser Subventionen der Versuch, zu einer vernünftigen Planwirtschaft zu kommen.

Zur Stützung der deutschen Banken und vieler Großbetriebe sind in den vergangenen Wochen Millionen festgelegt worden. Ständen diese Summen für eine gut organisierte Arbeitsbeschaffung zur Verfügung, so ließe sich damit sehr viel leisten. Eine vernünftige Agrarpolitik muß die Lebenshaltung verbilligen, um die Kaufkraft der breiten Massen zu stärken. Statt dessen zerstört eine unsinnige Lohnpolitik die Kaufkraft des deutschen Arbeitnehmers immer mehr. Die Löhne sind im Laufe des letzten Jahres um 15 bis 18 % gesunken, sehr viel stärker als die Lebenshaltungskosten. Es muß endlich dem Lohnabbau Einhalt getan werden.

Arbeitsbeschaffung bedeutet aber auch Abkehr von einer Kartellpolitik, die im Inland die Waren verteuert und sie dem konkurrierenden Ausland verbilligt anbietet.

Die derzeitige Situation braucht bei klugem entschlossenem Vorgehen durchaus nicht hoffnungslos zu sein. Tatsächlich gibt es im Rahmen der derzeitigen Verhältnisse noch viele Möglichkeiten zur Inaktivierung der Wirtschaft. Die Regierung muß sich nur entschließen, den Standpunkt der einseitig gerichteten Interessenpolitik zu verlassen.

Der freiwillige Arbeitsdienst droht zu einer neuen Gefahr für den Arbeitsmarkt zu werden, weil, wenn die fraglichen Arbeitsobjekte nicht tatsächlich in vollem Ausmaß zusätzlich sind, von ihm ein unerträglicher Druck auf den allgemeinen Arbeitsmarkt weiter durchsetzender Lohndruck ausgeht.

Die internationale Verschlechterung der Wirtschaft, die internationale Krise des Arbeitsmarktes verlangt internationale Maßnahmen zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung. Die Vorschläge des Direktors des Inter-

nationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, verlangen ernste Würdigung in allen Ländern. Ohne die Schwierigkeit des Problems zu verkennen, sollte gerade Deutschland diesen Gedanken aufgreifen und an seiner möglichst schnellen Verwirklichung arbeiten. Das setzt allerdings die Schaffung einer internationalen Vertrauensbasis voraus. Wer Arbeit schaffen will, muß das internationale Vertrauen festigen helfen. Das Fehlen dieses Vertrauens ist weitgehend die Ursache der Weltwirtschaftskrise.

Um die Arbeitslosigkeit in etwas einzudämmen, muß die anfallende Arbeit auf eine größere Zahl von Arbeitnehmern verteilt werden. Leider läßt sich die Reichsregierung durch den Widerstand der Arbeitgeberverbände beeinflussen und scheut sich, selbst von den viel zu geringen Möglichkeiten, die die Notverordnung vom 5. Juni 1931 bietet, praktisch Gebrauch zu machen. Die Einführung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche begegnet nicht unüberwindlichen wirtschaftspolitischen oder technischen Schwierigkeiten. Die Arbeitgeber widerlegen sich vielmehr aus lohnpolitischen Gründen, weil sie fürchten, daß die allgemeine Arbeitszeitverfügung nicht genügend Raum läßt für die von ihnen geforderte weitere erhebliche Lohnsenkung. Die Tatsache, daß mehr als ein Drittel aller zur Zeit überhaupt beschäftigten Arbeiter bereits Kurzarbeiter sind, die sich verteilen auf Zehntausende von Betrieben der unterschiedlichsten Größe in allen Berufen, beweist, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden wirtschaftlich und technisch durchaus möglich ist. Ist die 40-Stunden-Woche auch kein Allheilmittel, so bietet sie doch im Augenblick die einzige sich sofort auswirkende Möglichkeit, 700 000 bis 800 000 Arbeitslose wieder in die Betriebe zurückzubringen.

N. Bernhard, Vorsitzender des ADBG, sprach über:

Die Bauwirtschaft in der Krise.

Die allgemeine Wirtschaftskrise und die Finanznot der öffentlichen Körperschaften hat zu einem katastrophalen Niedergang der Bauwirtschaft geführt. Weder die Industrie, noch die Landwirtschaft, noch die öffentliche Hand vergibt Bauaufträge. Die Aufträge der öffentlichen Hand machten in den Jahren 1928 und 1929 allein etwa ein Drittel der gesamten Bauinvestitionen aus. Dazu kommt eine unerträgliche Abstopfung der Wohnungsbautätigkeit. Eine Auftragserteilung für die Bauwirtschaft könnte, weil es sich hier um eine Schlüsselindustrie handelt, konjunkturausgleichend und damit krisenmildernd wirken.

Das Produktionsvolumen im Baugewerbe, in den Baubehelfgewerben und in der Baustoffindustrie ist bis zu 60 % zurückgegangen, während in der Produktions- und Verbrauchsgüterindustrie der Rückgang nur etwa ein Viertel beziehungsweise ein Achtel beträgt. Etwa zweieinhalb bis drei Millionen Arbeitnehmer, mit ihren Angehörigen zusammen mindestens ein Achtel des deutschen Volkes, sind von der katastrophalen Lage der Bauwirtschaft und ihrer verwandten Industrien unmittelbar auf schwerste betroffen.

Die Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern des ADBG betrug Ende August im Reichsdurchschnitt 34 %, wovon auf die Konjunkturgruppe 28 %, auf die Arbeitergruppe der Bauwirtschaft jedoch 62 1/2 %, das sind 436 000 Mitglieder, entfielen. Die Arbeitslosigkeit der größten Berufsgruppe des Baugewerbes, der Maurer, betrug beispielsweise Ende August 1928: 3,4 %,

zur selben Zeit 1929: 7,1%, 1930: 40,8% und Ende August dieses Jahres 69%. Die Bauarbeiter kommen in diesem Jahre im Reichsdurchschnitt auf höchstens 10 bis 12 Arbeitswochen. Mindestens 300.000 Mitglieder der Bauarbeitergewerkschaften haben seit mehr als einem Jahr keine Arbeit.

Die Wichtigkeit der Belebung des Baumarcktes für die Ingangsetzung der Wirtschaft überhaupt wird noch viel zu wenig erkannt. Der Reichsstadtebund wies in den letzten Wochen mit Recht darauf hin, daß aus Kreisen der Privatwirtschaft den Städten wegen ihrer Förderung der Bautätigkeit und wegen der veranstalteten Notstandsarbeiten immer wieder der Vorwurf gemacht worden sei, daß sie sich gegen den Geist der Sparbarkeit verständig hätten. Es wäre nicht ihre Aufgabe, die Wirtschaft durch Erteilung von Aufträgen anzuregen, sondern sie müßten sich einschränken. Den gleich starken Widerspruch kann man jetzt bei der Privatwirtschaft feststellen, die laut ruff nach Aufträgen, aber durch ihre Handwerksorganisationen, Unternehmerverbände und durch den Hansabund die völlige Aufhebung der Hauszinssteuer und jeglicher Zwangswirtschaft auf dem Bau- und Wohnungsgebiet fordert.

Es ist grundfalsch, was jetzt von Hausbesitzerorganisationen und auch vom Institut für Konjunkturforschung geschrieben wird, daß ein Wohnungsmangel nicht mehr bestehe. Subjektiv mag heute der Mangel nicht mehr in dem Maße wie vor einigen Jahren zu spüren sein, weil die Menschen mit ihrem verringerten Einkommen nur das Notwendigste zum Lebensbedarf kaufen können und sich daher in den Wohnungen zusammensperren. Es fehlen mindestens noch 550.000 bis 600.000 Wohnungen. Rechnen wir hinzu die abbruchreifen und die durch Eheschließungen notwendigen Wohnungen, dann müßten innerhalb des laufenden Jahrzehntes selbst nach amtlichen Quellen mindestens jährlich etwa 350.000 Wohnungen erstellt werden.

Billige Kleinwohnungen müssen gebaut werden, was erreicht werden kann durch Hergabe öffentlicher Gelder, durch Senkung der Baustoffpreise, der Grundstückspreise und sonstiger Kosten und vor allem der Hypothekenzinsen. In dem Siedlungsplan des Reichsfinanzministers steckt zweifellos der gute Gedanke nach Hilfsbereitschaft für die am schwersten Notleidenden; aber der Plan ist in der bis jetzt bekannnten Form unmöglich durchführbar. Mit Behelfswohnungen ist in unserm Klima den aus den Städten angezogenen Arbeitern nicht gedient. Würden die Bauhandwerker ausgehalten, dann gäbe es keine Wohnungen, die die Siedler befriedigen, abgesehen von den späteren Reparaturkosten. Durch ein solches Experiment würde die Arbeitslosigkeit nur vergrößert, denn die Ausführung mit Hilfe von Hauszinssteuermitteln würde um die doppelte Zahl der neuen Siedler Bauarbeiter arbeitslos machen.

Von den öffentlichen Körperschaften muß die Bauarbeiterschaft fordern, daß die unproduktiven Unterhaltungsarbeiten, die für die Arbeitslosen durch die Verschönerung oder durch die Wohlfahrtsämter verausgabt werden, zur Ausführung von Bauaufträgen Verwendung finden. Von wirtschaftlich unausschießbaren Bauobjekten verweise ich noch besonders auf den Straßenbau, der, wenn die notwendigen Reparaturen in diesem Jahre nicht durch sofortigen Angriff der Arbeit noch ausgeführt werden, in den folgenden Jahren uns teuer zu stehen kommen wird. Hinzu kommt, daß durch den schlechten Zustand der Straßen der Kraftverkehr voraussichtlich zurückgeht. Denkt man noch an den notwendigen Ausbau der Wasserkräfte, an den Bau von Schußdämmen gegen Hochwassergefahren, an den Brückenbau usw., dann wird man in einer sofortigen großzügigen Arbeitsbeschaffung für die Bauwirtschaft eine volkswirtschaftlich wertvolle und bei Berücksichtigung der hunderttausende Arbeitslosen mit ihren Familien, für die es darauf ankommen muß, sie vor dem vollkommenen Nichts und vor völliger Verzweiflung zu retten, eine staatspolitische Tätigkeit ersten Ranges sehen können.

Staatssekretär Krüger vom preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten sprach über: Die Siedlungsfrage.

Wie der Redner ausführte, würde die deutsche Landwirtschaft technisch in der Lage sein, den hohen Einfuhrüberschuß an Nahrungs- und Futtermitteln selbst zu erzeugen. Hier liegen also die Möglichkeiten der Produktionssteigerung und einer Mehrbeschäftigung von Menschen. In der Landwirtschaft sind allerdings einschneidende Betriebsänderungen zu erwarten.

Ein Teil der öffentlichen Großbetriebe wird kleineren Stellen und der genossenschaftlichen Besiedlung Platz machen müssen. Eine Verbilligung des Siedlungsverfahrens gibt die Möglichkeit, daß in stärkerem Umfang Landarbeiter Siedlerstellen erwerben. So würden auch viele infolge der Rationalisierung erwerbslos gewordene Landarbeiter wieder produktiv in der Landwirtschaft tätig sein können. Besonderen Nachdruck mußte man darauf legen, daß verstärkte Siedlungstätigkeit der Industrie und dem Handwerk, in allererster Linie dem Baugewerbe, neue Arbeit schafft und daß die dichtere Besiedlung auch das geschäftliche Leben in den kleinen Städten anregt.

Das Regierungsprojekt der Ansiedlung von städtischen Erwerbslosen verdiente größte Aufmerksamkeit, allerdings bieten die Pläne den hunderttausenden Erwerbslosen keine neue Existenz, sondern nur die Gelegenheit zur Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln. Es müßte also entweder weiter für eine Unterstützung oder weiter für Arbeitsgelegenheit in der Industrie gesorgt werden.

Das Referat: „Hauszinssteuer und Bauwirtschaft“ von Ministerialdirektor Meyer vom preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt werden wir in der nächsten Nummer des „Maler“ veröffentlichen.

Unserm Kollegen Emil Buch

Am 1. Oktober dieses Jahres hat unser Kollege Emil Buch seine Tätigkeit als Bezirksleiter des 3. Bezirks wegen Krankheit aufgegeben. Emil Buch wurde am 18. Juli 1869 in Erfurt geboren. Dort erlernte er auch das Malerhandwerk. Nach Beendigung seiner Lehre ging er auf die „Walze“, wie der Fachausdruck für das Wandern der Handwerksgehilfen heißt. Reich an Erfahrungen und fachlich aufs beste ausgebildet, kam er 1892 nach Hamburg, wo er jahrelang eifrig gewerkschaftliche und politische Kleinarbeit leistete. Noch vor 1900 berief man ihn als Hilfsarbeiter in die Hauptverwaltung, in der er sich aufs beste bewährte. Mit 36 Jahren übernahm er Ende 1905 das Amt des Bezirksleiters von dem Kollegen Bartels, dem jetzigen preussischen Landtagspräsidenten, der damals zum Parteisekretär für die Provinz Schleswig-Holstein gewählt worden war. Jetzt ist unser Freund Emil 62 Jahre alt. 26 Jahre lang auf einem so verantwortungsvollen Posten tätig sein, bedeutet sehr viel, heißt seine Kräfte verausgaben und oftmals große Opfer bringen. Wer so lange Zeit, fast immer auf sich selbst gestellt, für die Interessen der Kollegen wirken mußte, sammelt aber auch eine Fülle von Erfahrungen, die seine Fähigkeiten naturgemäß immer mehr steigern; er knüpft viele Beziehungen an, die für sein Wirken wertvoll sind.

Der Beginn seiner Tätigkeit als Bezirksleiter fiel in die Zeit heftigster Kämpfe um Erhöhung der Löhne und Verkürzung der damals noch außerordentlich langen Arbeitszeit und um Anerkennung der Gewerkschaften als Organe zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft. Es gab Ende 1905 noch keine uneingeschränkte Koalitions- und Versammlungsfreiheit. Es gab noch kein allgemeines gleiches und geheimes Wahlrecht für beide Geschlechter. Eine ungerechte Wahlkreiseinteilung für die Reichstagswahlen hinderte die Arbeiterschaft daran, ihrer Zahl entsprechend Einfluß auf die Reichsgesetze auszuüben. In Preußen existierte noch das berüchtigte Dreiklassenwahlrecht, das die Arbeiterschaft völlig zu politischer Ohnmacht verdammt. Es gab weder Reichstagsvertrag noch ein zentrales Lohnabkommen. Selbst die bescheidensten Fortschritte mußten in erbitterten örtlichen Kämpfen errungen werden. Um wenige Pfennige Lohnerhöhung wurden langandauernde Streiks geführt. Kollege Buch charakterisierte die damaligen Verhältnisse in seinem ersten Jahresbericht als Bezirksleiter wie folgt:

„Wenn wir also die richtige Lehre aus unseren Kämpfen ziehen wollen, so hat es sich von neuem bewährt, daß nur festgefügte Organisationen die Unternehmer zu Zugeständnissen zwingen können, daß unsere Erfolge nicht etwa der besseren Erkenntnis unserer Arbeitgeber zuzuschreiben sind, sondern lediglich der Stärke unserer Organisation; des ferneren sind diese der immer mehr erstarkenden Solidarität unserer Kollegen zu verdanken.“

Daß wir trotz alledem 1910 den ersten Reichstagsvertrag für das deutsche Malergewerbe bekamen, liegt darin begründet, daß auch in der Vorkriegszeit schon unsere gefestigte, schlagkräftige Organisation von Arbeitgebern und Behörden respektiert werden mußte. An dem Zustandekommen und der Weiterbildung des Reichstagsvertrages hat Kollege Buch hervorragenden Anteil, weil er an allen zentralen Tarif- und Lohnverhandlungen beteiligt war. Ferner gehörte er von Anfang an dem Haupttarifamt an. Daß der Bereich des 3. Bezirks tariflich besonders gut durchgebildet wurde, ist mit sein persönliches Verdienst.

Organisatorisch entwickelte sich der Bezirk dank seiner Initiative sehr gut. Die Mitgliederzahl stieg von 5711 im Durchschnitt des Jahres 1906 auf 10.583 im Durchschnitt des Jahres 1930. Im Jahre 1930 verteilte sich die Mitgliederzahl auf 26 Filialen gegenüber 19 Filialen im Jahre 1906.

Ueber die Tätigkeit des Kollegen Buch als Bezirksleiter hörte man nur ein Urteil:

„Es ist tief bedauerlich, daß wir ihn vorzeitig verlieren mußten. Sein Auscheiden ist für den Verband ein großer Verlust.“

Wenn alle Kollegen die Abschiedsworte des Kollegen Buch in seinem letzten Rundschreiben an die Filialen und Zahlstellen des 3. Bezirks, daß jeder einzelne erkennen muß, um was es geht, und daß in der Zeit der größten Not der gewerkschaftliche Zusammenschluß am allernotwendigsten ist, beherzigen, dann wird es auch in Zukunft im 3. Bezirk vorwärtsgehen.

Möge die wohlverdiente Ruhe nunmehr bewirken, daß unser Freund Emil uns noch recht lange gute Ratschläge erteilen und uns mit seinem unverwundlichen Humor, der trotz seiner Krankheit nicht nachgelassen hat, erfreuen kann.

Neubelebung des Wohnungsbaues

Sozialdemokratischer Antrag im Wohnungsausschuß. Im Wohnungsausschuß des Reichstags haben die sozialdemokratischen Vertreter folgenden Antrag eingebracht:

„Die ungeheure Arbeitslosigkeit macht die Neubelebung des Wohnungsbaus zur gebieterischen Notwendigkeit. Daher muß bei einer Neugestaltung der Hauszinssteuer auf folgende Punkte Rücksicht genommen werden:

1. Die Mittel für den Wohnungsbau müssen im bisherigen Umfang erhalten bleiben und ausschließlich für den Kleinwohnungsbau verwendet werden.
2. Die Ausgleichung für die Mehrbelastung der Hauszinssteuer durch die Erhöhung des Aufwertungsziessatzes darf nur individuell im Rahmen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 durchgeführt werden.
3. Die Eigentümer von Alteigentum mit einem Friedenswert bis zu 5000 M sind von der Hauszinssteuer freizulassen.
4. Wenn darüber hinaus eine Senkung der Hauszinssteuer durchgeführt werden soll, muß sie für die Senkung der Mieten, in erster Linie für die Senkung der Neubaumieten verwendet werden.

Ein gewerkschaftliches Waffenarsenal für den Kampf um die 40-Stunden-Woche

Die Arbeitslosigkeit wächst von Tag zu Tag. Zu den Millionen schon vorhandener Arbeitsloser gesellen sich nahezu täglich neue Tausende. Not und Elend der Arbeitslosen nehmen ständig zu. In steigendem Maße bemächtigt sich ihrer eine Verzweiflungsstimmung. Es grüllt in der Tiefe. Wie lange wollen Regierung und Unternehmertum die Dinge noch treiben lassen?

Bisher hat die Reichsregierung nur Worte gehabt, das Unternehmertum — nur Gegenargumente.

Dagegen ist man sich in allen sozialdenkenden und sich für das Allgemeinwohl verantwortlich fühlenden Kreisen des deutschen Volkes längst darüber klar, daß man die Dinge nicht weiter treiben lassen darf, wenn nicht noch schlimmeres Unheil über die deutsche Wirtschaft hereinbrechen soll als es bisher schon geschehen ist. Den ewig wiederholten „Bedenken“ des Unternehmertums muß endlich die Tat, die befreiende Tat, gegenübergestellt werden: die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche.

Man sollte eigentlich meinen, daß über die Notwendigkeit dieser Maßnahme heute, abgesehen von dem kleinen, aber mächtigen Kreise der grundsätzlichen Gegner jedes sozialpolitischen Fortschritts, keinerlei Meinungsverschiedenheiten mehr bestehen. Dennoch ist es der Fall, und es gewinnt mehr und mehr den Anschein, daß an den maßgebenden Stellen diese Bedenken noch immer ernst genommen werden als sie es verdienen. Es ist als müßte man namentlich in der Reichsregierung nichts davon, daß die Gegner der 40-Stunden-Woche schon immer, solange es eine Sozialpolitik und solange es insbesondere eine Problematik der Arbeitszeit gibt, sich immer und immer gegen jeden sozialen Fortschritt in dieser Frage gewehrt — und ihn immer mit denselben Argumenten bekämpft haben, die sie auch jetzt geltend machen. Man scheint insbesondere nicht zu wissen, daß diese Argumente, so oft sie auch geltend gemacht wurden, noch stets durch die Tatsachen widerlegt worden sind. Sie wurden auch dadurch nicht befehrt, daß sie sich der Argumentation der Gewerkschaften früher oder später doch immer haben beugen müssen. Freilich immer nur gezwungen, niemals der besseren Einsicht folgend: freiwillig.

Heute nun liegen die Dinge leider so, daß der Macht der Gewerkschaften — nicht zuletzt verschuldet durch einen politisch irreführenden erheblichen Teil der Arbeiterschaft selbst — starke Grenzen gezogen sind. Es kommt daher heute mehr als je darauf an, den Kampf um die zur Zeit vornehmste und wichtigste Forderung der Gewerkschaften in der Arena des politischen Kampfes auszutragen und durch eine systematische Beeinflussung der öffentlichen Meinung diese restlos von der Notwendigkeit dieser Forderung zu überzeugen. Auf diesem Wege wird und muß es zuletzt auch gelingen, die Reichsregierung endlich zur entscheidenden Tat zu drängen. Diese Hoffnung dürfte um so mehr begründet sein, als es sich bei dem Vorgehen der Gewerkschaften ja nicht darum handelt, diesen eine „neue Machtposition“ zu erobern beziehungsweise um im Sinne ihrer Gegner zu reden: die „gewerkschaftliche Nebenregierung“ zu stärken, sondern um eine Maßnahme, deren Durchführung in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht lediglich dem Wohle des Volksganzen zu dienen geeignet ist. Sie, die Gewerkschaften, befinden sich damit in erfreulichem Gegensatz zur Politik des Unternehmertums, das immer nur die Wahrung seines privatwirtschaftlichen Interesses im Auge hat.

Von einem gewerkschaftlichen Waffenarsenal für den Kampf um die 40-Stunden-Woche sprachen wir oben. Um ein solches handelt es sich in der Tat. Es ist die Schrift, die der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Frankfurter Gewerkschaftskongress* herausgebracht hat. In dieser Schrift ist in positiver Weise, nicht in Form einer billigen Polemik, alles an wissenschaftlichem, volkswirtschaftlichem, statistischem, bildungspolitischen, sozialhygienischem und sozialpolitischem Material zusammengetragen, was zur Frage der 40-Stunden-Woche nur irgendwie gesagt werden kann. Da wird von sachkundiger Seite die Weltwirtschaftskrise beleuchtet, ferner die Katastrophe am Arbeitsmarkt und ihre Ursachen, Bevölkerungszunahme und Arbeitsmarkt. Es hat ja Leute gegeben, die uns auf die Auswirkungen des Geburtenausfalles in den Kriegsjahren hingewiesen haben, die den

* Die 40-Stunden-Woche. Untersuchungen über Arbeitsmarkt, Arbeitsvertrag und Arbeitszeit. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14.

Werbet Mitglied der Stübereilde Gulenberg!
Auskunft erteilen die Vertrauensleute des Deutschen Buchdruckerverbandes

Arbeitsmarkt nicht nur ins Lot bringen, sondern sogar Mangel an Arbeitskräften zeitigen würden. Von gewerkschaftlicher Seite wurde damals schon, es war vor ungefähr zehn Jahren, erklärt, daß diese Auswirkung durch die fortschreitende Technik vollkommen paralytisch, wenn nicht überholt werden würde. Wir haben — leider! — Recht behalten.

In der Schrift werden ferner behandelt die Fragen der Arbeitsproduktivität und Produktionssteigerung, die Verschwendung von Kapitalien und Arbeitskraft, natürlich auch die Aufgabe der Kapitalflehlleitungen und der Kapitalbildung. Die schädlichen Folgen der Arbeitslosigkeit erfahren nach allen Seiten hin eine eingehende Beleuchtung. Selbstverständlich werden die Probleme der Rationalisierung und des Arbeitskraftverbrauchs kritisch behandelt. Ein ganzer Abschnitt der Schrift ist der Frage Arbeitszeit und Betriebszeit, ob die geforderte Arbeitszeitverfängerung praktisch durchführbar und ob sie international oder national durchgeführt werden kann, gewidmet. Die Antwort ist: „Ja! Sie ist durchführbar!“ — Damit ist der Inhalt der Schrift noch längst nicht erschöpft. Es gibt kein Argument gegen die sofortige gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche, das in dieser Kampfschrift nicht in objektiver und wissenschaftlich vorzüglich begründeter Weise widerlegt würde. Deshalb sollten alle, die keine politische Katastrophe und keine Katastrophopolitik und an der Verhütung solcher mitarbeiten wollen, die genannte Schrift lesen und bei ihrer Tätigkeit benutzen. Sie wird ihnen gute Dienste leisten.

Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß mit der Einführung der 40-Stunden-Woche die gegenwärtige Krise behoben werden könnte. Aber man sollte trotzdem ihre Einführung nicht mehr auf die lange Bank schieben, damit die Arbeiterschaft sieht, daß man in der Deutschen Republik nicht nur für verachtete Banken und rückständige Großgrundbesitzer zur Hilfeleistung bereit ist, sondern auch für ihre weit größere Notlage, die die Notlage der großen Volksmehrheit ist, Verständnis hat.

Also: Her mit der 40-Stunden-Woche!

Gewerkschaftliches

Das neue Gewerkschaftshaus in Frankfurt a. M.

Durch den 14. Gewerkschaftskongress ist das neue Gewerkschaftshaus am Schaumainkai zu Frankfurt am Main in den Mittelpunkt des Interesses der organisierten Arbeiterschaft gerückt worden. Der moderne Hochhausbau verdient diese Aufmerksamkeit in vollem Maße. Er ist aus einem zwischen acht deutschen Architekten ausgearbeiteten engeren Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Volkshaus entstanden, nachdem der alte düstere Bau in der Allerheiligenstraße den Bedürfnissen der stark angewachsenen Organisationen der Arbeiterschaft seit langem nicht mehr genügte. Im ersten und einem zweiten Wettbewerb wurde der Entwurf des Architekten Franz Laut und Hoffmann einstimmig als das beste anerkannt. Nach zehnmonatiger Bauzeit konnte das Bürohaus als erster Bauabschnitt fertiggestellt werden. Für die Konstruktion ist ein Eisenbetonrahmenbau mit einer



Stützenentfernung von etwa 6,5 Meter gewählt. Sämtliche Zwischenwände sind nichttragende Leichtwände, die beliebig verjagt werden können, ohne die Tragkonstruktion zu beeinflussen. Durch die räumlichen Bedingungen des kleinsten Bürotyps von 12 bis 13 Quadratmeter Innenfläche ergab sich dann die Aufteilung des ganzen Bauwerks und auch die Anordnung der Fenster. Wegen der konzentrierten Bauweise und der sich daraus ergebenden starken Abnutzung ist alles mit solidem Material ausgeführt. Die Wände sämtlicher Flure und Treppenhäuser haben Plattenbelag. Unser Malergewerbe ist der neuen Bauweise entsprechend etwas nebensächlich weggekommen. Dagegen ist das Haus als vornehmlicher Zweckbau mit allen notwendigen technischen Einrichtungen, natürlich unter Ausschaltung von jeglichem Luxus, versehen. Der fertiggestellte Bürobau ist nur ein Teil des geplanten Volkshauses. Nach dem Main zu soll noch ein Restaurant mit Hotelbetrieb und als Verbindung mit dem Bürohaus ein Saalbau erstellt werden. Sitzungszimmer, Unterrichtsräume und Bibliothek werden von allen Gebäudeteilen erreichbar sein. Der ganze Bau ist ein Musterbeispiel von Sachlichkeit, Schönheit und Nutzwert und nach kaum einjähriger Bauzeit ohne nennenswerte Ueberschreitung des Voranschlags fertiggestellt. So urteilt „Das neue Frankfurt“, Internationale Monatschrift für die Probleme kultureller Neugestaltung (Verlag Englert & Schloffer, Frankfurt a. M.) in Heft 9, das zahlreiche Bilder und Pläne bringt, und zu dem billigen Preise von 1,20 M. zuzüglich Porto an Interessenten geliefert wird.

Reiseübersicht der deutschen Ausfuhr.

Im Monat August ist der deutsche Außenhandel mit 32 Millionen Mark aktiv gewesen. Die Einfuhr betrug in diesem Monat 14 Millionen Mark. Sie ist gegenüber dem Vormonat um 81 Millionen Mark oder um 16 % zurückgegangen. In der Geschichte des deutschen Einzelhandels der Nachkriegszeit ist ein solcher Tiefstand

der Einfuhr noch nicht zu verzeichnen gewesen. Ohne Reparationsanforderungen ist die Ausfuhr von 792 Millionen Mark im Juli auf 776 Millionen Mark im August gefallen. Infolge der niedrigen Einfuhr schließt die Handelsbilanz für August mit dem außergewöhnlichen Ausfuhrüberschuß von 322 Millionen Mark ab. An Fertigwaren wurden im August für 616 Millionen Mark (im Vormonat 641 Millionen Mark) ausgeführt. Abgenommen hat die Ausfuhr namentlich bei Maschinen.

Der österreichische Gewerkschaftskongress.

Die gewaltige Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, von der Oesterreich mehr als irgendein anderes Land heimgegriffen wird, spiegelt sich in der Mitgliederzahl der freigewerkschaftlichen Organisationen wider, die sich, wie der Sekretär des Gewerkschaftsbundes, Schorsch, auf dem österreichischen Gewerkschaftskongress mitteilte, von 766 168 im Jahre 1928 auf 655 204 Mitglieder Ende 1930 zurückging. Der Kongress erhob scharfen Protest gegen den angekündigten weiteren Sozialabbau und nahm Resolutionen an, die den Ausbau der Sozialgesetzgebung für weibliche Arbeiter und Lehrlinge zum Gegenstand haben. In der österreichischen Sozialgesetzgebung sind Frauen- und Lehrlingsarbeit stark vernachlässigt, Frauen und Lehrlinge sind mannigfaltigsten Schikanen seitens der Unternehmer und der staatlichen Sozialpolitik ausgesetzt. Zur Erleichterung der Arbeitslosigkeit forderte der Gewerkschaftskongress die Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden. — Der Gewerkschaftskongress bereitete eine tief empfundene Ehrung für seinen Vorsitzenden Anton Hueber, dem Nestor der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, der jetzt mit Rücksicht auf sein Alter in den Ruhestand trat. Hueber wurde zum Ehrenvorsitzenden des Bundes gewählt.

Arbeitsgerichtliches

Brauchen Organisierte mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten?

Das Reichsarbeitsgericht hat eine bedeutungsvolle Entscheidung gefällt. (R.A.G. 21. Mai 1930 — 18. 30.) Einige organisierte Arbeiter hatten sich geweigert, mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten. Der Unternehmer war infolgedessen gezwungen, die Streikbrecher zu entlassen. Diese strengten nun gegen die organisierten Arbeiter Schadenersatzklage an. Die Kläger wurden jedoch in allen Instanzen abgewiesen. In der Begründung des Reichsarbeitsgerichts heißt es unter anderem: Die Beklagten sahen in den Klägern Streikbrecher und hielten es mit ihrer Standesehre nicht für vereinbar, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Das Verhalten der Beklagten wäre unfittlich gewesen, wenn sie den Zwed verfolgt hätten, die Kläger wegen des Streikbruchs gemißmaßen zu bestrafen oder sich an ihnen zu rächen. Es ist aber festgestellt, daß die Beklagten nicht bezweckt haben, Rache zu nehmen, vielmehr erachten sie es als mit ihrer Standesehre nicht verträglich, mit den Streikbrechern zusammenzuarbeiten. Das Verhalten der Beklagten würde einen Verstoß gegen die guten Sitten auch dann in sich schließen, wenn ihr Tun gerechtfertigt gewesen wäre, die wirtschaftliche Existenz der Kläger zu vernichten oder auch nur zu gefährden. Nach den getroffenen Feststellungen kann auch davon keine Rede sein.

Dieses Urteil des Reichsarbeitsgerichts erscheint uns sehr vernünftig. Es ist deshalb kein Wunder, daß die Unternehmerpresse über die getroffene Entscheidung in Wut gerät. Dennoch hat die höchste Instanz der Arbeitsgerichte als ganz richtig erkannt, daß es einem organisierten Arbeiter nicht zugemutet werden kann, mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten. Vor allem ist es erfreulich, daß das Reichsarbeitsgericht auch bei den Arbeitern eine Standesehre feststellt. Die Gegner der Arbeiterschaft glauben, daß der Arbeiter und Angestellte eine Standesehre nicht besitzt und darauf auch keine Rücksicht genommen zu werden braucht. Vesto beachtenswerter ist die Stellungnahme des Reichsarbeitsgerichts.

Verständliches

Fachkurse für Handwerker.

Das Badische Landesgewerbeamt plant in den kommenden Herbst- und Wintermonaten Malerkurse über a) Wand- und Deckenbelegung (Dekorationsmalen), Dauer drei Wochen; b) Mechanisches Spritzverfahren (Farbspritzverfahren), Dauer sechs Tage; c) Holzfarbmalen (Maschinen, Lasteren), Dauer zwei Wochen; d) Schriftenzeichnen und Schriftenmalen, Dauer zwei Wochen; e) Materialwirtschaft und Materialprüfung, Dauer zwei Tage. Die Veranstaltung der Kurse ist zunächst für Karlsruhe vorgesehen; sie kann aber auch an andern Orten, sofern eine genügende Beteiligung gesichert ist und geeignete Unterrichtsräume zur Verfügung stehen, zur Einrichtung kommen. Wo nichts anderes bemerkt ist, werden die Kurse als Ganztageskurse mit einer täglichen achttündigen Unterrichtszeit durchgeführt. Zu den Kursen werden landesansässige Handwerksmeister, Gehilfen, Facharbeiter und Lehrer an Gewerbe- und gewerblichen Fortbildungsschulen zugelassen.

Anmeldungen zu den Kursen sind unter Angabe von Namen, Beruf, Berufsstellung (ob selbständig, Gehilfe oder Facharbeiter) und Alter baldmöglichst beim Badischen Landesgewerbeamt in Karlsruhe einzureichen.

Die Bayerische Landesgewerbeanstalt in Nürnberg veranstaltet ganztägige Handwerkerkurse von je vier Wochen Dauer für Maler vom 16. November bis 12. Dezember 1931. Zu den Kursen werden Gehilfen und jüngere Meister des genannten Berufes bei beschränkter Teilnehmerzahl zugelassen. Melbeschluss ist der 10. November. Kursgebühr für den Teilnehmer 20 M je Kursus. Meldungen sind an die Bayerische Landesgewerbeanstalt Nürnberg, Gewerbemuseumsplatz 2, Brieffach 20, zu richten. Programme kostenlos.

Zachliteratur

Untersuchung über Nitrozellulosefärbung mit Pigmenten. Von Dr. W. Coelbte. (Heft 11 der Veröffentlichungen des Fachauschusses für Anstrichtechnik beim Verein deutscher Ingenieure und Verein deutscher Chemiker.) Berlin 1931, V.D.I.-Verlag. 37 Seiten mit 31 Abbildungen und 25 Zahlentafeln. Brosch. 6,50 M. (V.D.I.-Mitglieder 5,85 M.) Nitrozellulosefärbung werden besonders in der Automobilindustrie angewandt. Ein Automobillack hat die Eigenschaft, während der Fahrt aufsprallender Sandkörner oder bei Straßenstaub, der bei feuchtem Wetter oftmals die Schlammkruften auf der Lackierung bildet, sowie die durch verursachte häufige Reinigung auszuhalten. Intensive Sonnenbestrahlung und extrem niedrige Temperaturen können große Anforderungen stellen. Die Reaktion der Nitrozellulosefärbung auf alle diese Einwirkungen wurde vom Verfasser untersucht. Die Ergebnisse und ihre zahlenmäßige Auswertung sind in der vorliegenden Schrift veröffentlicht. Vier verschiedene Nitrozellulosen, drei verschiedene Weichmachungsmittel, vier verschiedene Harze und elf verschiedenen Farbstoffen wurden zu 102 verschiedenen Lackfarben verarbeitet. Außerdem wurden neu verschiedene Nitrozellulose-Lackfarben dreier Firmen mitgeprüft. Der Bestimmungsgang der Lackfarben und die Ausführung der Lackierungen wird beschrieben. Unter den verschiedenen Untersuchungsverfahren wird besonderer Wert auf die Vorniegeprobe zur Ermittlung der Formänderungsfähigkeit und auf die Prüfung auf Wasser- und Wetterbeständigkeit gelegt. Außerdem wird der Einfluss der verschiedenen Lackbestandteile auf Glanzverlust, Abblöschung und Abplatz, Abreibbarkeit, Abstreifen und andere anstrichtechnische Eigenschaften untersucht und durch Bilder dargestellt. Die Ergebnisse werden durch besondere Zeichnungen ausgedrückt und in Form von Zahlentafeln mitgeteilt zu deren Auswertung ein besonderes Punktsystem entworfen ist. Die Ergebnisse erhalten dadurch einen zahlenmäßigen Ausdruck und können gut miteinander verglichen werden. Am Schluss wird eine allgemeine Bemerkung durch Vergleiche zwischen den bei verschiedenen Methoden erhaltenen Ergebnissen vorgenommen.

Unterstützung

Soziale Bauwirtschaft. Wirtschaft? Die deutsche Bauwirtschaft umfaßt rund 160 000 Betriebe, die etwa 2 1/2 Millionen Arbeiter und über 220 000 Angehörige beschäftigen. Sie erbringt in ihrem ganzen Umfange rund ein Neuntel des deutschen Volkserwerbs. Durch jede Milliarde Bauausfall werden rund 350 000 Bauarbeiter erwerbslos. Dadurch wird weiter die Gesamtwirtschaft gelähmt. Bauen bringt Leben und auch Geld in die Wirtschaft. Daher ist Bauen auch die geeignetste Selbsthilfe, von der in unferer Zeit der Mensch so viel gebrauch wird, ohne daß es zur wahren Lücke kommt. — In Nr. 18 der Sozialen Bauwirtschaft, herausgegeben von der Stuttgarter Stadtbaubehörde Bruno Lehmann durch eine bis ins einzelne gehende Rechnung die Löhne dieser Bauwirtschaft nachgewiesen. Wie es mit der Bauwirtschaft heute steht, zeigt die Beschäftigtenstatistik des Verbandes sozialer Baubetriebe für die Jahre 1929/30. Im Jahresdurchschnitt waren während des angegebenen Zeitraumes 10 887 (1929: 13 229) Arbeiter in der Bauwirtschaft tätig. Die Zahl der Bauarbeiter ist im Vergleich mit dem Jahre 1929 um 21,7 % (18 536 526,18 M.) Die durch diese Zahlen gezeigte Lage ist sich in unferen Tagen weiter erheblich verschlechtert. Schnellste Hilfe zur Aufbesserung tut deshalb not, um Schlimmeres zu verhindern. Die Nr. 18 der Sozialen Bauwirtschaft verdient weitestete Verbreitung.

Bereinstell

Eingeladene Gelder im Monat September 1931
Eingeladene haben: Bamberg 470 M., Buzlau 50, Darmstadt 280, Dresden 3000, Eberswalde 100, Eisenach 40, Elbing 300, Flensburg 200, Frankfurt a. Main 2000, Freiburg 130, Fürstenwalde 100, Glogau 200, Guben 100, Güstrow 200, Halberstadt 291,70, Hamburg 532,40, Herford 550, Hilbersheim 100, Jena 150, Ingolstadt 70, Jüterbog 80, Kaiserslautern 100, Kiel 100, Köln a. Rhein 1000, Königshütte 100, Köslin 75, Rottbus 150, Marburg 250, Meile 145, Mörs 40, Münster 250, Neustrelitz 180, Oeynhausen 200, Regensburg 100, Sagan 100, Schweinfurt 100, Schwerin 250, Stettin 3300, Stralsund 100, Wilhelmshaven 1700, Wismar 80, Wolfenbüttel 100.
L. Ringel, Kassierer.

Vom 4. Okt. bis 10. Okt. ist die 41. Beitragswoche.
Vom 11. Okt. bis 17. Okt. ist die 42. Beitragswoche.

Sterbefafel

Dresden. (3. Abtheilung Bauwesen.) Am 24. September starb unser langjähriges Mitglied Kollege Robert Stürzebecher an einer Magenoperation.
Gera. Am 30. September verschied unser Kollege Friedrich Kösel im Alter von 47 Jahren.
Potsdam. Am 20. September verstarb infolge eines Unfalles mit dem Motorrad unser Kollege Willi Stof.
Stuttgart. Am 28. September verstarb unser langjähriges Mitglied Gotthilf Boll nach schwerem Leiden.
Ehre ihrem Andenken!